

Falsches Spiel um die Gesamtschule



Viele Kinder wollten nach der Grundschule eine Gesamtschule besuchen, doch die CDU/FDP-Landesregierung ignoriert den Wunsch vieler Eltern und Kinder beharrlich.

Eltern und Schüler schöpften schon Hoffnung: Nach vielen Jahren erbitterten Kulturkampfes der niedersächsischen CDU gegen die als „sozialistische Einheitsschule“ verteuflte Gesamtschule schien sich bei den Konservativen ein Gesinnungswandel anzubahnen. Doch jetzt ist klar, dass sich mit CDU/FDP nichts ändert.

Als eines der erste Gesetze nach dem Wahlsieg hatten CDU/FDP ein Errichtungsverbot für neue Gesamtschulen beschlossen. Im Sommer dieses Jahres spottete Kultusminister Busemann (CDU), er fahre stets mit geöffneten Autofenstern durch das Land und habe nirgendwo den Ruf nach neuen Gesamtschulen vernommen.

Vielleicht liegt es ja auch an seinem Gehör, denn nach Abschluss des Anmeldeverfahrens für den neuen fünften Schuljahrgang an den weiterführenden Schulen stand fest: So viele Eltern wie nie wollten ihr Kind an einer Gesamtschule in Niedersachsen anmelden. Aber den 8398 Anmeldungen standen nur 6107 Gesamtschulplätze gegenüber, so dass 2291 Kinder nicht an einer Gesamtschule angenommen werden konnten. Eine bittere Erfahrung für diese Kinder, die statt der Schulform ihrer Wahl

jetzt eine Schule des herkömmlichen dreigliedrigen Schulsystems besuchen müssen.

Da gab Ministerpräsident Wulff Anlass zu Hoffnung. Er stellte – die Landtagswahl im Januar fest im Blick – in einem Zeitungsinterview in Aussicht, nach der Wahl das Gesamtschulverbot zu lockern.

Bildungssachverständige sahen Licht im Dunkel, aber die Aufregung in der CDU war

groß, und so war es kein Wunder, dass Wulff bald schon teilweise zurückruderte.

Die SPD wollte es nun genau wissen und legte einen Gesetzentwurf vor, mit dem das Errichtungsverbot aufgehoben werden sollte. Das Abstimmungsergebnis war wie immer: Die CDU/FDP-Mehrheit stimmte geschlossen dagegen. Vorläufig bleibt also alles beim Alten.

Genauso lief es in Braunschweig. Hier hatte die SPD den Ratsantrag gestellt, eine vierte Gesamtschule zunächst als Außenstelle einer bestehenden Gesamtschule zu gründen und diese nach dem Fall des Errichtungsverbotes in eine eigenständige Schule umzuwandeln – ein Weg, der schulrechtlich möglich, pädagogisch vernünftig und schnell umzusetzen ist. Auf diese Weise könnten bereits im nächsten Jahr über 100 zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen werden. Doch so hatten CDU und FDP es nicht gemeint, und sie stimmten im Schulausschuss gegen diesen Antrag. Damit hat diese sinnvolle Initiative in der kommenden Ratssitzung keine Chance.

Fazit: Es hat sich nichts geändert. Pädagogischer Fortschritt hin, Elternwille her – CDU und FDP bleiben bei ihrer ideologisch verbohrtten Haltung, nur das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem sei das Wahre. Und die Wulffschen Schalmeienklänge sind nur eines: Begleitmusik zu einem falschen Spiel mit den Wünschen von Eltern und Kindern. Es bleibt dabei: Wer Gesamtschulen will, muss diese Herrschaften abwählen und für die SPD stimmen. Am 27. Januar ist Gelegenheit dazu.



Dieser Landesregierung kann man nicht glauben!

Kommentar von Klaus-Peter Bachmann, MdL

■ Während der Ministerpräsident aus wahltaktischen Gründen noch neue Gesamtschulen in Aussicht stellte, hat sein Kultusminister die Kampagne gegen Gesamtschulen nie eingestellt. So diskreditierte er erst kürzlich die IGS Franz'sches Feld in Braunschweig. Diese betreibe Rosinenpickerei bei der Schülerauswahl und hole nur deswegen den Deutschen Schulpreis. Die Wahrheit: Die IGS hält sich an die Vorgaben des Ministeriums und an das unsägliche Losverfahren. Damit beweist die Regierung nur eines: Ihr kann man nicht glauben!

SPD setzt Post-Mindestlohn durch

Nach der wochenlangen Blockadehaltung der Union ist der Durchbruch beim Post-Mindestlohn geschafft: Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Arbeitgeberverband Postdienste haben sich auf einen neuen Tarifvertrag

geeignet. Mindestlöhne sollen für Betriebe gelten, die überwiegend Briefe gewerblich für Dritte befördern. Somit werden alle hauptberuflichen Briefzusteller eingeschlossen. Es bleibt auch bei der bereits vor einigen Monaten ausgehandelten

Bandbreite der Mindestlöhne zwischen 8,00 und 9,80 Euro.

Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck ist erleichtert: „Wir Sozialdemokraten können uns heute über einen großen Erfolg freuen. Die SPD hat mit beharrlichem Bemühen die Union dazu gebracht, endlich den Weg für einen Mindestlohn im Briefdienstleistungsbereich frei zu machen. Betriebe können nun vor einem Dumping-Wettbewerb geschützt werden.“

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion in der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig kritisierte vor kurzem die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles Bundeskanzlerin Merkel: „Die Bundeskanzlerin hat Richtlinienkompetenzen und muss auch auf das Allgemeinwohl achten. 2,6 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten derzeit für weniger als 1300 Euro Brutto. Das kann so nicht weiter gehen. Wir wollen einen gerechten Lohn für gute Arbeit.“

Für die Postbranche konnte sich die SPD mit dieser Forderung nun durchsetzen. Die Koalition will bis Jahresende das Entsendegesetz erweitern, damit der jetzt ausgehandelte Tarifvertrag im Januar 2008 für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Der Erfolg beim Post-Mindestlohn ist Ansporn für die SPD den Druck auf CDU und CSU weiter aufrecht zu erhalten, um Mindestlöhne für weitere Branchen zu erreichen.

Der Braunschweiger SPD-Landtagskandidat Dietmar Schilff: „Der Mindestlohn ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch anständig leben können. Wir werden nicht aufhören, dafür zu kämpfen.“



■ Das Bild zeigt (von links): Wolfgang Denia, Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft für Niedersachsen, mit dem Braunschweiger Landtagskandidaten Dietmar Schilff und Andrea Nahles, Vizevorsitzende der Bundes-SPD in der Braunschweiger Hochschule für Bildende Künste.

Foto: M. Stoffregen

Haushalt 2008 der Stadt erfüllt die Forderungen der SPD noch nicht

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig wird dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 im Gegensatz zu 2007 kaum zustimmen. „Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist schlicht unzureichend. Und die CDU-FDP-Mehrheit im Rat ist nicht bereit, unseren Verbesserungsvorschlägen zu folgen. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen weigert sie sich, dringend erforderlichen Mehrausgaben zuzustimmen“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek.

Erster Streitpunkt ist die Gebäudesanierung. Hier hat sich in den vergangenen Jahren ein Investitionsbedarf von 225,9 Millionen Euro aufgestaut, wie aus einer Mitteilung der Bauverwaltung an den Rat hervorgeht. Für Sofortmaßnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden müssten, werden 95,8 Millionen Euro benötigt. Davon entfallen 80,2 Millionen Euro auf Schulen und Schulsporthallen (55 Millionen Euro auf Substanzerhaltung, 17 Millionen auf Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und 8 Millio-

nen für Technik). Vorgesehen sind aber nur 5 Millionen Euro – viel zu wenig, um auch nur das Dringendste anzupacken.

Die SPD hat beantragt, zusätzlich 7 Millionen Euro für Gebäudesanierung bereitzustellen. Das wäre nach der Finanzlage der Stadt ohne weiteres möglich. Denn sie hat im Jahr 2007 etwa 15 Millionen Euro an Steuern und Abgaben mehr eingenommen als geplant. Aber statt wenigstens die Hälfte dieser Mehreinnahmen in die Substanzerhaltung zu stecken, sollen damit die Rücklagen von 85 auf 100 Millionen Euro aufgefüllt werden – wozu denn eigentlich? Einen dringenderen Bedarf als die Reparatur undichter Dächer, den Ersatz alter Fenster oder die Verbesserung der Wärmeisolierung kann es doch kaum geben. Und außerdem rechnen sich solche Investitionen bei den derzeitigen Energiepreisen in kurzer Zeit.

Ebenfalls keine Lösung zeichnet sich bei der von der SPD beantragten Wiedereinrichtung einer Verbraucherberatungsstelle ab. Auf

der Internetseite der Stadt Braunschweig erfährt man unter dem Stichwort Verbraucherberatung, dass diese Stelle in Braunschweig geschlossen wurde, und wird auf Wolfsburg, Peine, Celle oder Hannover verwiesen – wie peinlich für eine Stadt, die sich selbst als Oberzentrum begreift. Was haben die Braunschweigerinnen und Braunschweiger eigentlich verbrochen, dass CDU und FDP ihnen eine solche Einrichtung vorenthalten? Sie zahlen auch nicht weniger Steuern als die Einwohner in den genannten Städten!

Und offenbar soll es auch keine städtische Beteiligung am Braunschweig-Pass und bei der Schulspeisung und der Ausstattung mit Schulmaterial für bedürftige Kinder geben – alles Anträge der SPD zum Haushalt, bei denen mit relativ kleinen Beträgen viel Gutes erzielt werden kann. Offensichtlich ist der Mehrheit die Einrichtung eines Schlossmuseums für 800 000 Euro wichtiger. Das mögen diese „Politiker“ dann auch allein verantworten!

Soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit der SPD

Kirsten Kemper: Verbesserungen in der Altenhilfe dringend nötig

Niedersachsen war unter SPD-Ministerpräsidenten immer ein Land sozialen Fortschritts und sozialer Gerechtigkeit. Das hat sich seit 2003, dem Jahr des Amtsantritts von Ministerpräsident Wulff (CDU) drastisch geändert. Das Wirtschaftswachstum bleibt unter dem Bundesdurchschnitt, und die Arbeitnehmerinkommen wachsen ebenfalls schwächer. Das ist schon traurig genug und stellt der Regierung Wulff ein schlechtes Zeugnis aus. Zudem sind die Auswirkungen dieser Entwicklung ungleich verteilt. Einerseits nimmt der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung zu, andererseits steigt auch die Zahl der Reichen. Das bedeutet: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Die Landesregierung versucht nicht etwa, dem entgegenzuwirken. Nein, diese Entwicklung ist auch eine direkte Folge der Politik von Wulff & Co. So stellten die Wohlfahrtsverbände des Landes auf zwei Krisengipfeln 2003 und 2004 fest: „Langjährig und notwendig aufgebaute Strukturen sozialer Hilfen werden durch die Landesregierung zerstört oder auf ein kaum



Kirsten Kemper, Landtagskandidatin der SPD und seit vielen Jahren in sozialen Einrichtungen tätig, will sich vor allem für Verbesserungen in der Altenhilfe einsetzen.

vertretbares Minimum gekürzt. Innerhalb von zwei Jahren wurden die Mittel der Wohlfahrtsverbände um 25% gekürzt. Keine Landesregie-

rung hat bisher in der Geschichte des Landes Niedersachsen die Verbände der Freien Wohlfahrt in dieser Form behandelt.“

Besonders getroffen von dieser Entwicklung fühlt sich Kirsten Kemper, Landtagskandidatin der SPD im Wahlkreis 1 (Braunschweig-Nord). „Ich bin seit 20 Jahren in der Wohlfahrtspflege tätig“, erklärt sie. „Ich weiß, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber besonders die auf Hilfe angewiesenen Menschen mit dem Rücken zur Wand stehen. Es wurden notwendige Dinge kaputt gespart, ohne an die Folgen zu denken.“

Kirsten Kemper hat ein Thema, das ihr besonders am Herzen liegt: die Altenhilfe. Sie ist in Führungsfunktionen der Altenhilfe tätig und weiß, dass Niedersachsen in der medizinischen Versorgung älterer Menschen das Schlusslicht bildet. Das will sie ändern, und darum kämpft sie um den Einzug in den niedersächsischen Landtag.

Im Interesse der älteren Menschen in unserem Land ist ihr der Erfolg zu wünschen.

Innenminister schönt die Bilanz

Dietmar Schilff, stellv. Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei und Landtagskandidat der SPD, ist verwundert über eine Aussage von Innenminister Schünemann in der Braunschweiger Zeitung. Schünemann behauptet in einem Artikel zur Sicherheit in Braunschweig, dass die Polizeidirektion Braunschweig vor zwei Jahren um 86 Beamte verstärkt wurde.

„Entweder lügt Schünemann bewusst oder die Verstärkung ist im Geheimen durchgeführt wurden. Das Gegenteil ist nämlich der Fall, wir arbeiten in der Polizeidirektion mit rund 100 Leuten weniger als vor 2 Jahren,“ so Dietmar Schilff.

In der Antwort auf eine Landtagsanfrage zu den Auswirkungen der Polizeiumorganisation 2004 hat Schünemann die personelle Reduzierung selbst eingestanden. Dort ist nachzulesen, dass im Vergleichszeitraum vom April 2004 bis Oktober 2006 in Braunschweig mehr als 100 Beamtinnen und Beamte weniger für die Innere Sicherheit sorgen. Dabei hat die Polizeiinspektion Braunschweig, die für die Stadt zuständig ist, den größten Aderlass hinnehmen müssen.

„Die Polizisten, die die Arbeit ihrer fehlenden Kollegen jetzt mitmachen müssen, kommen sich verkohlt vor und der Öffentlichkeit wird Sand in die Augen gestreut.“, so Dietmar Schilff weiter. „Auch wenn es in diesem Jahr zu einer geringfügigen wahltaktischen Personalverstärkung gekommen ist, kann von einer Kompensa-



Dietmar Schilff, Landtagskandidat im Wahlkreis 3 (Braunschweig-West).

tion überhaupt nicht gesprochen werden. Die zusätzliche Arbeitsbelastung der Polizeibeamten sorgt im Gegenteil für die landesweit höchste Krankenquote. Das ist Besorgnis erregend.“

Schilff fordert auch im Namen der beiden SPD-Landtagskandidaten Kirsten Kemper und Klaus-Peter Bachmann MdL eine Aufklärung durch den Innenminister. Daneben bleibt die Forderung bestehen, die schlechte personelle Situation, auch im Tarifbereich, umgehend auf den Stand von 2004 zu verbessern. Außerdem sollen die Dienststellen in Heidberg und Querum wieder rund um die Uhr besetzt werden.

Jüttner-Tour 2008

SPD

Wahlkampfauftakt am 6. Januar mit Kurt Beck

Programm: u.a. Talk mit prominenten Sportlern aus der Region und Live-Musik.

- ▶ Kurt Beck, SPD-Bundesvorsitzender
- ▶ Wolfgang Jüttner, SPD-Spitzenkandidat
- ▶ Garrelt Duin, SPD-Landesvorsitzender
- Samstag, 6. Januar 2008, von 11 - 13 Uhr
- Im VIP-Zelt von Eintracht Braunschweig, Städtisches Stadion, Hamburger Straße 210

Anmeldung erforderlich
beim SPD-Bezirk!
Tel. 0531-480 98 16

Investition in die Zukunft

Bundesgartenschau für Braunschweig?



■ Braunschweig hat mehrere Bereiche, die für die Durchführung einer Bundesgartenschau in Frage kommen. So könnte neben dem in diesem Zusammenhang genannten Bürgerpark auch der Westpark in konzeptionelle Überlegungen einbezogen werden. Für ihn gibt es umfangreiche Planungsvorstellungen, die erst zum Teil verwirklicht werden konnten. Eine Bundesgartenschau könnte dazu verhelfen, die hier noch vorzunehmenden Maßnahmen in einem geschlossenen Konzept im Laufe der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre umzusetzen.

Foto: A. Gräßner

Das ungewöhnliche Weihnachtsgeschenk:

DEM MANNE DES VOLKES - DEM FREUNDE DER MENSCHHEIT: WILHELM BRACKE

Herausgeber: SPD Braunschweig, Umfang: 84 Seiten.

Wilhelm Bracke war Mitgründer der SPD und im ersten Vorstand, erster Stadtverordneter 1872 und einer der ersten 12 SPD-Reichstagsabgeordneten.

Ein spannendes Buch mit vielen Originaltexten, verblüffend aktuell.



Die SPD Braunschweig wünscht ein frohes Fest
und ein gesundes Jahr 2008.

Das ist eine Idee, die alle Braunschweiger angeht: die Bewerbung um die Ausrichtung einer Bundesgartenschau (BuGa). Die Braunschweiger SPD hat sich einmütig für eine Bewerbung Braunschweigs ausgesprochen.

Natürlich ist der SPD klar, dass die Vorbereitung und Durchführung einer solchen Großveranstaltung erhebliche Kosten verschlingt und viel Arbeit mit sich bringt. Andererseits ist mit einer BuGa eine hohe Werbewirkung verbunden. Dazu werden mit den erforderlichen Investitionen erhebliche Werte geschaffen, die der gesamten Einwohnerschaft der Stadt zugute kommen. Das ist ein Grund, warum bis zum Jahre 2020 die Standorte für Bundesgartenschauen schon vergeben sind. Deshalb lässt eine Bewerbung jetzt aber auch genügend Vorbereitungszeit.

Leider steht OB Dr. Hoffmann einer BuGa skeptisch gegenüber. Natürlich wäre ein solches Projekt eine in die Zukunft reichende Aufgabe, die weit über Amtszeiten und Wahlperioden hinausreicht. Das sollte allerdings kein Grund sein, die Idee zu verwerfen. Ein solch langer Zeitraum für die Umsetzung bietet schließlich auch die Möglichkeit, sehr sorgfältig zu planen und die erforderlichen Ausgaben auf einen langen Zeitraum zu verteilen. Und eine BuGa, die in Städten wie Magdeburg und Karlsruhe erfolgreich durchgeführt wurde, müsste ja wohl auch in Braunschweig möglich sein!

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger haben die Gelegenheit, ihr Anliegen mit den Abgeordneten zu besprechen. Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

► **Dr. Carola Reimann, MdB:**

– Dienstag, 8. Januar '08, 9 - 17 Uhr

► **Isolde Saalman, MdL:**

– Montag, 14. Januar '08, 16 – 17 Uhr

► **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**

– Donnerstag, 7. Februar '08, ab 15 Uhr

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräßner, Manfred Pesditschek, Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 55 500 Exemplare

Bankverbindung/ Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD